

In dieser Ausgabe



Reuters/Kevin Lamarque

Kein anderer Late-Night-Comedian ist in den USA länger auf Sendung als er: **Conan O'Brien. Der Mann mit der orangenen Tolle** hat in den USA mit seiner Show und seinem absurd-scurrilen Humor längst Kultstatus erreicht. Kein Star, der nicht schon auf seiner TV-Couch Platz nahm. Bill Clinton und Barack **Obama** luden den mehrfachen Emmy-Gewinner sogar schon ans traditionelle Correspondents' Dinner in Washington D. C. als Moderator ein, damit er sich über sie mokieren konnte. Im Interview mit den Redaktoren Yannick Nock und Benjamin Weinmann verrät der Amerikaner, weshalb er keine Witze über Donald Trump erzählen mag und was es bräuchte, damit er eine seiner Sondersendungen in der Schweiz drehen würde. **Seite 12/13**

Die Hildebrand-Affäre, die legendäre Flucht von Angela M. und Hassan K. oder der **Spion Daniel M.**: Kaum ein spektakulärer Fall, in dem **Valentin Landmann** nicht seine Finger im Spiel hätte. Seine Strategie ist die Offensive. Wenn Journalisten anrufen, nimmt er ab. Trotzdem lohnt es sich, Landmann in seiner Anwaltskanzlei zu besuchen. Sie befindet sich nicht an der Langstrasse, wo man den Milieu-Anwalt vermuten würde, sondern am noblen Zürichberg. Hinter der massiven Tür mit goldenem Namensschild wurden die Reporter Andreas Maurer und Pascal Ritter von einer steinernen Justitia empfangen. Landmann, der selbst schon in Untersuchungshaft sass, inszeniert sich als Kämpfer gegen Ungerechtigkeit und Vermittler zur Unterwelt. Im Interview legt er offen, wie sein Mandant, der Spion Daniel M., sich in den Einvernahmen verhalten wird. **Seite 6**

Wie sieht bei Ihnen der Muttertag aus? Marianne Botta werden die Kinder ein kleines Frühstück ans Bett bringen und dann kochen. «Das können sie», sagt die Ernährungswissenschaftlerin. Sie hat Bücher geschrieben wie «Mit Kindern kochen, essen und geniessen». Offenbar hat sie es nicht bei der Theorie belassen. Im Interview erzählt sie, worauf es bei der Ernährung von Kindern ankommt. Aber auch, wie das **Leben in einer Grossfamilie** ist. Denn Botta hat nicht drei oder vier, sondern acht Kinder. Unsere Redaktoren Raffael Schuppisser und Sabine Kuster staunen, als sie erfahren, wie es Botta gelingt, berufstätig zu sein und sich dennoch um Haushalt und Kinder zu kümmern. Ihnen selber fällt das nämlich schon bei einem beziehungsweise zwei Kindern nicht immer ganz leicht. **Wochenende-Bund: Seite W10/W11**

ZAHL DER WOCHE

59

Seit Jahren geht ein Trend immer weiter: Die Schweizer trinken immer weniger Milch. Der Verbrauch sank von 2004 bis heute um ein Viertel von 81 auf 59 Kilogramm pro Kopf.

Auffrischender Gegenwind

Die schicksalhafte Energie-Abstimmung vom nächsten Sonntag bewegt die Schweiz. Lange schien ein klares Volks-Ja sicher, doch in letzter Minute werden die Subventions-Milliarden und die Energie-Sparziele zum grossen Thema: Die Gegner holen auf.



QUELLE: BUNDESAMT FÜR ENERGIE BFE

Werden es 500 oder 1000 Windräder sein? Niemand weiss es. Wind- und Solaranlage auf dem Mont Soleil im Jura.

Keystone/Valentin Flauraud

VON BEAT SCHMID UND OTHMAR VON MATT

Der «Cocktail d'atmosphère», der auf 20.45 Uhr angesetzt worden war, musste warten. Die Unternehmer im SwissTech Convention Center von Ecublens VD hörten nicht mehr auf mit Fragen zur Energiestrategie 2050. «Ich möchte verhindern, dass ihr bis 23 Uhr bleiben müsst», sagte Moderator Olivier Dominik vom Westschweizer Fernsehen RTS schliesslich - und brach die Runde um 21.30 Uhr ab.

Das Interesse an der Energiestrategie ist hoch. Und die letzten Umfrageergebnisse lassen vermuten, dass die Abstimmung vom 21. Mai doch noch eng werden könnte. Bei SRG sank der Befürworter-Anteil auf 56 Prozent, bei Tamedia auf 53 Prozent. Und in der SRG-Umfrage zeigte sich, dass die Gegner Boden gutmachen. Gegenüber dem Vormonat legten sie von 30 auf 37 Prozent Nein-Stimmen zu.

«Interessant ist», sagt SVP-Generalsekretär Gabriel Lüchinger, «wie viele Leute in den letzten zwei Wochen ins Nein-Lager wechselten, als sie sich im Detail mit der Vorlage zu beschäftigen begannen». Die Frage sei, ob es noch reiche, den Trend in eine Nein-Mehrheit umzuwandeln. «Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit. Aber wir sind sehr motiviert.»

Für rote Köpfe sorgt vor allem die Frage, wie hoch die Kosten der Energiestrategie tatsächlich sind. 3200 Franken pro

Jahr müsse eine vierköpfige Familie künftig mehr zahlen, sagen die Gegner. Die Befürworter hingegen reden von nur 40 Franken pro vierköpfige Familie.

Kosten von 211 Milliarden Franken

Wie kommt es zu dieser gewaltigen Differenz? Die SVP beruft sich auf die Medienmitteilung des Bundesrats zur Botschaft der Energiestrategie 2050 vom 4. September 2013. Unter dem Titel «Kosten» führte der Bundesrat drei Punkte auf, deren Kosten jene 211 Milliarden Franken ergeben, aus denen die SVP die 3200 Franken Kosten pro Jahr und Haushalt ableitet: Für Erneuerung und Betrieb des bestehenden Kraftwerkparks rechnete der Bundesrat für den Privatsektor bis 2050 mit rund 126 Milliarden Franken, für Bau und Betrieb neuer Kraftwerke 67 Milliarden und für Um- und Ausbau der Verteilnetze mit 18 Milliarden.

«Die Befürworter reden ja selber immer von der Energiestrategie und nicht vom Energiegesetz. Das Gesetz ist also der Türöffner für die gesamte Strategie», sagt SVP-Nationalrat Toni Brunner. In der Botschaft des Verfassungskomitees für ein Klima- und Energielenkungssystem (Kels) habe der Bundesrat aufgezeigt, wie er sich die Finanzierung dieser Riesensumme vorstelle - nämlich mit massiven Aufschlägen auf Energieträgern: plus 3 Rappen pro kW/h Strom, 67 Rappen pro Liter Heizöl und 26 Rappen pro Liter Benzin. Zusammen mit

Worum geht es bei der Abstimmung?

Die Energiestrategie, über die am 21. Mai abgestimmt wird, beinhaltet im Wesentlichen 3 Punkte. Erstens dürfen keine neuen AKW mehr gebaut werden, die alten können aber so lange am Netz bleiben, wie sie als sicher gelten. Zweitens will der Bund Energie sparen: Bis 2035 soll der Energieverbrauch um 43% gesenkt werden. Das grösste Potenzial sieht der Bund bei den Gebäuden. Drittens will der Bund die erneuerbaren Energien fördern. Für Energie aus Wasser, Sonne, Wind, Geothermie und Biomasse gibt es Subventionen. Für die Finanzierung soll der Netzzuschlag um 0,8 Rappen pro kW/h erhöht werden.

dem Zubau für Wind- und Sonnenenergie sowie den dezentralen Netzen komme man hochgerechnet auf die 3200 Franken, sagt Brunner. Kels sei noch nicht vom Tisch, der Ständerat habe die Vorlage noch nicht beraten.

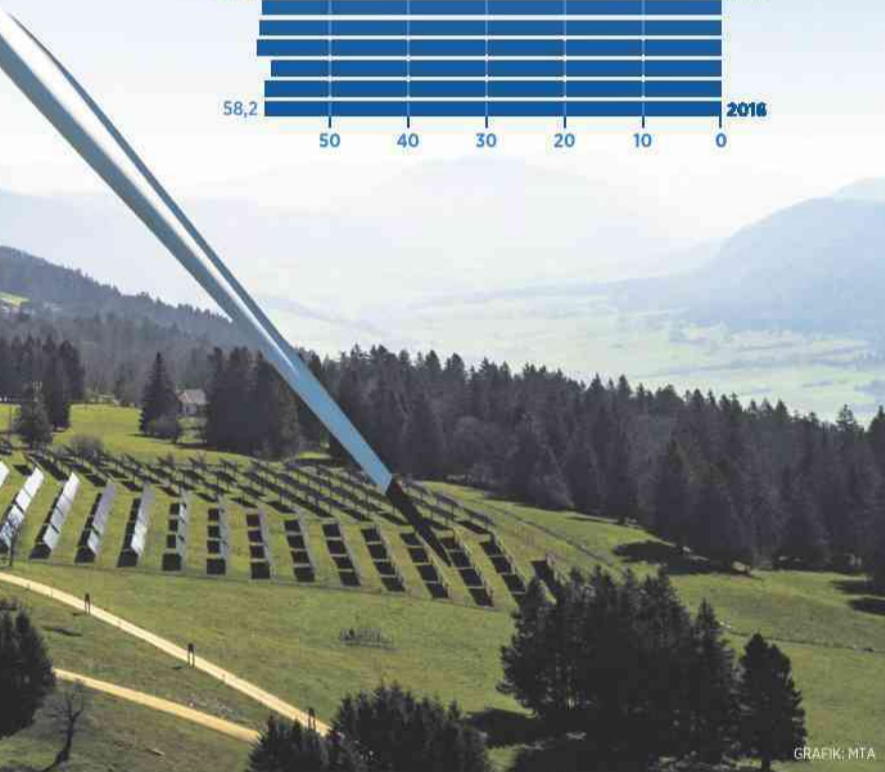
Im Nationalrat scheiterte der Bundesrat mit dieser Finanzierungsidee jedoch kläglich. Deshalb findet SP-Fraktionschef Roger Nordmann, dass die «3200 Franken der SVP gleich dreifache Fake News» seien. Erstens werde die Kels nicht eingeführt, weil sie im Nationalrat einstimmig abgelehnt worden sei. «Zweitens wäre diese Lenkungsabgabe ohnehin zurückerstattet worden», sagt er. Diese Rückerstattung sei Bestandteil des Verfassungstextes. Und selbst wenn die Kels den Durchbruch geschafft hätte, wären die 3200 Franken drittens die «extremste Variante, die nie zur Anwendung gekommen wäre», glaubt der SP-Energiepolitiker, der auch Präsident der Sonnenenergie-Lobbyorganisation Swissolar ist.

Niemand weiss, wie viele Windräder gebaut werden müssen

Doch welche Variante dereinst zur Anwendung kommt, weiss auch Nordmann nicht - niemand weiss das genau. Klar ist nur, dass die AKWs bis 2050 irgendwie vom Netz und durch andere Stromerzeuger ersetzt werden müssen. Gleichzeitig muss das Stromnetz umgebaut werden, weil der

Schweizer Stromverbrauch

Energie in TW/h pro Jahr



Strom in Zukunft dezentraler produziert wird. Doch wie viele Windräder in die Landschaft gepflanzt (500 oder 1000 oder mehr) und wie viele Millionen Solarpanels verbaut werden, ob und wie viele Gaskraftwerke installiert und wie viele zusätzliche Staudämme hochgezogen werden müssen - all das ist unbekannt. Genauso wie niemand weiss, wie viel Strom dereinst importiert werden muss und ob es dafür genügend Durchleitungskapazitäten gibt.

Klar dagegen ist, dass es bei den 40 Franken pro Haushalt und Jahr nicht bleiben wird. Sie sind lediglich das Eintrittsticket für die Energiewende. Man könnte sie auch als einen Topfen auf einen heissen Stein bezeichnen. Denn die Energiestrategie, wie sie Doris Leuthard und ihrem Bundesamt für Energie vorschwebt, bedeutet nichts weniger als den kompletten Um- beziehungsweise Neubau der schweizerischen Energiearchitektur.

Der milliardenschwere Neubau ist dabei nur der eine Streitpunkt. Der andere sind die massiven Reduktionsziele, welche gleichzeitig im neuen Energiegesetz formuliert sind. Dieses definiert klare Vorgaben: Der durchschnittliche Energieverbrauch pro Person und Jahr muss gegenüber dem Stand im Jahr 2000 um 16 Prozent bis 2020 und um 43 Prozent bis 2035 sin-

ken. Der Elektrizitätsverbrauch pro Person und Jahr muss in den gleichen Perioden um 3 Prozent beziehungsweise um 13 Prozent gesenkt werden.

Stromverbrauch konstant hoch

Wie schwer es ist, den Stromverbrauch zu senken, zeigt sich im langfristigen Vergleich. Obwohl durch den technischen Fortschritt (zum Beispiel LED-Lampen) und durch die Verlagerung von Industriejobs ins Ausland zum Teil deutlich weniger elektrische Energie gebraucht wird als früher, bleibt der Gesamtverbrauch seit Jahren konstant hoch (siehe Grafik oben). Zwar gibt es energieeffiziente Geräte im Haushalt, aber gleichzeitig sind eine Vielzahl neuer Apparate hinzugekommen. So gab es im Jahr 2000 noch deutlich weniger Wäschetrockner und kaum Set-top-Boxen in Schweizer Haushalten. Das hat sich radikal geändert.

Ganz zu schweigen von der Elektromobilität. Mittlerweile sind zwei Prozent der Neuzulassungen E-Autos - Tendenz stark steigend. Im Jahr 2050 könnten über zwei Millionen Elektrofahrzeuge auf Schweizer Strassen herumkurven. Gemäss konservativen Schätzungen der Empa würden diese so viel Strom verbrauchen wie ein Atomkraftwerk (siehe Artikel «Der Tesla-Effekt» auf Seite 15).

Doris Leuthards geballte Macht

Die Energieministerin wurde zur einflussreichsten Bundesrätin. Jetzt werden aber Propagandavorwürfe laut.

VON OTHMAR VON MATT

Der Moderator begrüsst sie mit «Habemus Doris Leuthard». Die Bundespräsidentin, am Sonntag noch in Rom an einer 27-minütigen Privataudienz bei Papst Franziskus, ist am Montagabend zurück im innenpolitischen Alltag. Sie tritt am SwissTech Convention Center in Ecublens (VD) vor Vertretern des Verbands der mechanischen Industrie der Westschweiz auf. «Vielleicht», sagt der Moderator, «hat Frau Leuthard beim Papst ja ihre Meinung zur Energiestrategie geändert.» Die Bundespräsidentin setzt ein breites Lachen auf. Im Gegenteil. Ihre Meinung habe sich eher verstärkt, sagt sie. «Auch die katholische Kirche steht hinter der Energiestrategie.»

Leuthard hat die Lacher auf ihrer Seite - und das Publikum schon beinahe im Sack. Dreissig Minuten referiert sie, frei, trotz Französisch. Auf ihr Manuskript wirft sie nur ab und zu einen Blick. «Phänomenal» sei es, wie Leuthard die Energiestrategie auf Deutsch, Französisch und Italienisch vertrete, sagt SP-Fraktionschef Roger Nordmann. Sie war in den Diskussionsendungen dreier Landessprachen aufgetreten: «Arena» (SRF), «Infrarouge» (TSR) und «Democrazia diretta» (TSI).

Doris Leuthard ist auf dem Höhepunkt ihrer Macht. In der Regierung ist sie die starke Figur und als Infrastrukturministerin die Herrin über Milliarden. Sie gibt in zentralen Themen wie Umwelt, Verkehr, Energie, Medien und Digitalisierung den Takt vor. Dabei legt sie einen ausgeprägten Gestaltungswillen an den Tag: Im Verkehrsbereich mit den Fonds für die Finanzierung von Schiene und Strasse. Im Medienbereich mit der Stärkung der SRG als öffentlich-rechtlicher Sender. Und in der Energie mit der Strategie 2050, die für Schweizer Verhältnisse einer Revolution gleichkommt. Am 21. März stimmt die Bevölkerung über sie ab.

2017 prägt Leuthard das Land noch stärker, weil sie zum zweiten Mal nach 2010 Bundespräsidentin

ist. Drei Stichworte prägen ihr Präsidentschaftsjahr: Orientierung, Kooperation und Brücken bauen. Am WEF hielt sie fest, in Zeiten fundamentalen Wandels sei Orientierung nötig: «Wir brauchen Leuchttürme, die uns die Richtung weisen und Sicherheit und Stabilität geben.» Und in ihrer Ansprache beim Staatsbesuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping hob sie die Herausforderungen hervor, «die wir nur gemeinsam durch Kooperation lösen können». Am Tag der Kranken betonte sie die Brücken zwischen allen Menschen.

Eine wichtige Veränderung lässt sich bei Leuthard 2010 mit dem Wechsel vom Wirtschafts- (WBF) ins Infrastrukturdepartement (Uvek) beobachten: Der Staat gewann in ihrem Verständnis an Bedeutung. Während sie im WBF vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) als Gralhüterin der liberalen Wirtschaftsordnung herausgefordert und damit auch gezügelt wurde, spielen im Uvek die staatsnahen Betriebe per se eine wichtige Rolle.

«Das Uvek ist zu einem grossen Propagandaministerium geworden.»

SVP-NATIONALRAT TONI BRUNNER

Leuthard sieht die Rolle des Staates heute darin, einen Rahmen zu setzen. «In der Schweiz gilt die Auffassung, der Staat müsse subsidiär sein», sagt sie zur «Schweiz am Wochenende». «Doch in gewissen Bereichen braucht es eine ordnende Hand.» Sie denkt etwa an Managerlöhne, Mietrecht und Gesundheitswesen. Die Energieversorgung sei zwar primär Sache der Energiewirtschaft. «Der Bund setzt aber den Rahmen», sagt sie. «Die Politik entscheidet über die Richtung, wie die Schweiz in zwanzig Jahren aussehen und das Zusammenleben funktionieren soll.» Darüber hinaus gelte Eigenverantwortung.

Die Machtballung bei Leuthard sorgt nun für Verärgerung in der SVP. «Sie reagiert zunehmend gereizt und arrogant», sagt Nationalrat Toni Brunner, Präsident des Komitees gegen die Energiestrategie. Sie trete so auf, «als ob sie die Wahrheit gepachtet hätte, die Gegner aber jenseits von Gut und Böse seien».

Brunner erhebt gar den Vorwurf der Propaganda. «Doris Leuthard

sorgt sehr aktiv dafür, dass Informationen nur selektiv an die Öffentlichkeit kommen», sagt er. «Die Energiewende soll möglichst positiv dargestellt werden, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Das Uvek ist zu einem grossen Propagandaministerium für die Energiestrategie geworden, mit dem Bundesamt für Energie als oberstes Propagandamt.» Erkenntnisse, die etwa in Sachen Versorgungssicherheit gewonnen wurden, blieben unter dem Deckel. «Das sind neue Dimensionen», sagt er. «Ich habe es noch selten erlebt, dass der Staatsapparat dermassen massiv als Abstimmungsmaschinerie benutzt wurde.»

Höchst zufrieden mit Leuthards Performance ist man hingegen bei CVP und SP. Leuthard sei «die stärkste Persönlichkeit im Bundesrat mit dem grössten Gestaltungswillen», sagt CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt. SP-Fraktionschef Roger Nordmann bezeichnet sie als «mutig, verantwortungsvoll und mit Sinn für Koalitionen». Exemplarisch dafür ist für ihn Leuthards Wandel weg von der «Atom-Doris». «Die Energiestrategie reifte bei ihr als langsame Erkenntnis», sagt er. «Schon die letzten zwei Jahre vor Fukushima sprach sie kaum mehr über Atomstrom.»

Im SwissTech Convention Center ruft der Cocktail. Leuthard wendet sich noch dem Genfer FDP-Nationalrat Benoît Genecand zu, einem Gegner der Strategie: «Wenn den Genfer Unternehmern die Erhöhung des Netzzuschlags um 0,8 Rappen pro kWh zu teuer ist, müssen sie halt von Genf nach Lausanne ziehen. Dann, Herr Genecand, ist das Problem gelöst. Genfs Strompreis ist 1,6 Rappen teurer als jener in Lausanne.» Das Publikum dankt es Leuthard mit Gelächter und Applaus. Dass die Pointe einstudiert war, realisiert es nicht. Leuthard hätte sie auch an SVP-Präsident Albert Rösti verdeutlichen können, der in Ecublens war. Dieser zahlt in seiner Wohngemeinde Utendorf (BE) über vier Rappen mehr als etwa Toni Brunner in Ebnet-Kappel.

Ob sie nie Zweifel an der Energiestrategie habe, wird Leuthard zuletzt gefragt. «Nein», sagt sie. Und fügt hinzu: «Ich bin mit den Kantonen auch für den Wirtschaftsstandort und die Arbeitsplätze verantwortlich. Vötre choix.» Ihre Wahl.



Bundespräsidentin Doris Leuthard steigt aus ihrem Tesla.

Keystone